

Simburger Anzeiger

Ingleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Simburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertannus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur werktage).
Bezugspreis: vierteljährlich 4.95 M. ohne Postbestellgeld.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24015 Frankfurt a. M.

(Simburger Zeitung) Begr. 1838 (Simburger Tageblatt)
Verantwortlicher Redakteur Hans Antke,
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei
in Simburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die 6spaltige 8-Millimeterzeile oder deren Raum 50 Hg. Die 91 mm breite Reklamazeile 1.50 M.
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 74

Simburg, Mittwoch den 31. März 1920

83. Jahrgang

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 29. März. (W.B.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung hielt Reichsminister Müller namens der neuen Regierung seine Programmrede. Die neue Regierung sei von den gleichen Parteien wie die alte getragen. Wir werden nichts anderes als entschlossen zugreifen. Der Reichswirtschaftsrat wird schnellstens geschaffen werden. Elektrifizität, Kohle und Rali müssen in öffentliche Bewirtschaftung überkommen werden. Für die Landwirtschaft muß künstlicher Dünger geschaffen werden. Die neue Regierung wird die Demokratisierung der Verwaltung und die Auflösung untreuer Heeresformationen durchzuführen. Großzügige Fürsorge für die Kriegssopfer ist unsere heiligste Pflicht. Das Arbeiter- und Beamtenrecht muß schnellstens durchgeführt werden, ebenso Verwaltungsreform und Beamtenbesoldungsreform. Die Arbeiten der Nationalversammlung müssen zeitig abgeschlossen werden, weil das Volk nach dem Staatsstreich mit den Rapphängern abrechnen will. Lokale Erfüllung des Friedensvertrages und Bruch mit allen Kriegsanbahnungen in der Politik ist unsere Aufgabe. Unser Kurs bleibt in der Außenpolitik der alte. Zurzeit verhandeln wir mit der Entente über die Entsendung von Truppen in das gefährdete Ruhrgebiet. Frankreich will es nur gestatten, wenn es dagegen Straßburg a. Main, Darmstadt und andere Orte besetzen könnte. Das weisen wir zurück. In der deutschen Republik ist kein Platz für eine Diktatur, komme sie, woher sie wolle. Der Rapp-Buß hat das deutsche Volk um die Freude über die Abstimmung in Schleswig gebracht. Wir sehen den anderen Bestimmungen mit Vertrauen entgegen. Der Reichsminister geht darauf nochmals auf den Buß vom 13. März ein und sagt, das Volk wird richten zwischen den Rechtsparteien und uns. Der Generalstreik war ein Beispiel der kommenden Wahlen. Er sagt die Rechte an, zum zweitenmal den Krieg verursacht zu haben. Noch lange wird Deutschland unter dem Wahnsinn dieser vier Tage zu leiden haben. Im Ruhrgebiet wachte die Sehnsucht nach Ruhe und Ordnung. Die Zustände können nicht länger geduldet werden. Hierauf wird die Sitzung unterbrochen. Als erster Redner spricht der Zentrumsabgeordnete Bock. Das Verbrechen vom 13. März war eine deutschnationale Bewegung, aber sie war weder deutsch noch national. Alle verdächtigen Elemente müssen aus der Reichswehr entfernt und durch Bürger und Arbeiter ersetzt werden. Das politische Gefährd aus dem Osten muß aus dem Reich entfernt werden. Abg. Henle (U.S.): Roste ist gegangen als ein Mann, der alles verloren hat. Wir werden dafür sorgen, daß die Politisierung der Gewerkschaften ihren Fortgang nimmt. Wir haben kein Vertrauen zur neuen Regierung, vor allem nicht zum Reichswehrminister. Abg. Legien (Sop.) spricht namens seiner Partei der neuen Regierung das Vertrauen aus. Der Redner hofft, das die unabhängige Sozialdemokratie einsehen werde, wo das wahre Interesse der Arbeiter liegt. Die Hochverräter müssen gefaßt und ihr Vermögen konfisziert werden, um die Lebensmittelpot der minderbemittelten Klassen zu beheben. Die Reichswehr muß umgestaltet werden, ebenso die Einwohner- und Ortswehren. Es wäre verhängnisvoll für Deutschland, wenn die getroffenen Vereinbarungen nicht schnell und energisch durchgeführt würden. Reichswehrminister Dr. Gehrler teilt mit, daß eine Untersuchungskommission eingesetzt wurde. Die Vorlage betr. die Aburteilung durch Zivilgerichte sei dem Hause bereits zugegangen. Es bleibe Roste's Verdienst, daß wir in den schweren Tagen auf einen Teil unbedingt verlässlicher Truppen rechnen konnten. Die Reichswehr muß nach der Säuberung auf breiterer demokratischer Grundlage aufgebaut werden. Reichsminister Blum teilt mit, daß gegen Rapp, Lüttwig, Jagow, Bauer, Schiele, Bebered, Kallenhausen, Levechow und andere das Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet ist. Soweit sie nicht in Haft sind, ist Elektrizität erlassen und das Vermögen beschlagnahmt worden. Wegen der Verfolgung Traubs ist bei der Nationalversammlung Antrag eingegangen. Abg. Heinze (D. V. P.): Die gegenwärtige Verfassung muß geändert werden. Rapp und Lüttwig waren nur möglich, weil wir die Revolution und den Versailles Frieden gehabt haben. Der Generalstreik war ein politischer Fehler. Abg. Haas (Dem.): Gegenüber den Hochverräter ist richtungslos. Strenge am Platz. Roste's Arbeit muß hoch bewertet werden. Die Reichswehr muß gesäubert werden. Die Farben schwarz-weiß-rot wurden von Verbrechern entehrt. Reichsminister Müller teilt mit, daß das Exekutivkomitee in Duisburg der dortigen Reichsbonstelle mit bewaffneter Hand eine Willkür abgenommen hat. Darauf vertagte sich das Haus.

Berlin, 29. März. (W.B.) Nach den bisherigen Dispositionen geht die Nationalversammlung morgen nach Abbruch der politischen Aussprache in die Osterferien, die bis zum 14. April dauern. Die Ausschüsse nehmen vorläufiglich einige Tage vorher die Arbeiten auf. Man rechnet in parlamentarischen Kreisen damit, daß die Arbeiten der Nationalversammlung bis zum 25. April abgeschlossen sind, sodas Ende Mai die Neuwahlen stattfinden könnten.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Die Verlängerung der Frist gefordert.
Der „Vorwärts“ berichtet aus Elberfeld, daß die sozialdemokratische Partei in Elberfeld, der Reichsregierung am 29. abends 8 Uhr, mitteilte, daß sie eine Verlängerung des Ultimatums um drei Tage verlangt. In der Rundgebung heißt es: Der Kampf bei Wesel wäre längstens morgen beendet gewesen, weil nur noch die linksstehenden Kommunisten weiterkämpfen. Der Einmarsch der Reichswehr in das Industriegebiet vergrößert uns aber, gemeinsam mit der U. S. P. und der A. P. D. den Generalstreik auszurufen. Zugleich werden wir unsere Genossen im Reich für den Generalstreik und zur

beauftragten Abwehr aufrufen. Wir fordern die Abberufung des Generals Watter.

Der 30. März als kritischer Tag erster Ordnung

Karlruhe, 29. März. (W.B.) Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, haben nach aufgefundenen Despechen die Kommunisten den 30. März als den Tag des allgemeinen Losschlagens bestimmt. Von Mannheim und Stuttgart aus soll der Sturm auf vier ganzen Linie auch in Süddeutschland einziehen. Von Norddeutschland aus will man die süddeutschen Kommunisten mit Maschinengewehren und Munition versehen. Zunächst aber soll Frankfurt a. Main in ihre Gewalt gebracht werden, damit von dort aus die Bewegung in Süddeutschland gesteuert werden könne. Aus einem in russischer Sprache abgefaßten Brief aus Essen geht hervor, daß alle Vorbereitungen zur Erreichung dieses Zieles getroffen sind.

Räubertaten in Blauen.

Bauen, i. Bogil, 28. März. Am heutigen Sonntag hat der Kommunistenführer Max Holz aus Hallenstein unter gewaltigem Andrang eine Versammlung unter freiem Himmel abgehalten. Nachdem Holz gesprochen, zog er mit fünf Automobilen, die mit Maschinengewehren bewaffnet waren, zunächst zur „Neuen Bogiländischen Zeitung“, wo alles zerklagen wurde. Später verlangten Bewaffnete auf Autos vom dem Raffehausbesitzer Trödel 100 000 Mark Lösegeld und schleppten den Prokuristen Rudolf Trödel als Geisel fort. Seine Frau schloß sich ihrem Gatten freiwillig an. Nachdem 100 000 Mark abgeliefert waren, wurde das Ehepaar wieder freigelassen.

Der Untersuchungsausschuß lebt noch.

Berlin, 29. März. (W.B.) Der erste Ausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses wollte seine öffentlichen Vernehmungen am 23. März beginnen, der zweite Untersuchungsausschuß seine Vernehmungen etwa am 13. April fortsetzen. Durch die politischen Wirren sind jedoch diese Pläne gestört worden. Ebenso verhinderte der Generalstreik, daß die Dokumente fertiggestellt wurden. Die Veröffentlichung der Akten dürfte in absehbarer Zeit erfolgen.

Die Strafverfolgung des Rappgefolges.

Berlin, 29. März. (W.B.) Nach Mitteilung des Oberreichsanwalts wurde der Unterstaatssekretär a. D. v. Gallenhäusen in Brandenburg verhaftet und dort gerichtlich vorgenommen. Gallenhäusen wurde am 25. März nach Leipzig gebracht und dort vom Untersuchungsrichter vernommen. Die Vermögensbeschlagnahme gegen die Angehörigen des Rapp-Lüttwig-Prozesses ist am 25. März vom 1. Strafsenat des Reichsgerichts beschloffen worden. Wegen der Kieler Vorgänge wurde die Voruntersuchung gegen den Admiral a. D. v. Levechow auf den Major a. D. v. Winterfeld, den Oberbürgermeister Lindemann, den Regierungspräsidenten Pauli-Schleswig und den Landrat Freiherrn v. Voew ausgedehnt, von Levechow ist verhaftet. Pauli befindet sich in Schußhaft. Die übrigen Angehörigen sind flüchtig. Stadtbriege gegen des Hochverrats beschuldigte Personen sollen nicht nur im Fahndungsblatt, sondern auch in den Tageszeitungen sowie an den Anschlagtafeln veröffentlicht werden. Für sachdienliche Beihilfe zur Aufklärung des Sachverhaltes oder Ueberführung und Ergreifung der Angehörigen wird eine Belohnung bis zu 10 000 Mark ausgesetzt.

Lüttwig verschwunden.

Berlin, 29. März. (W.B.) Lüttwig, gegen den am 18. März die Schußhaft angeordnet wurde, ist, wie die „Vossische Zeitung“ bestätigt, geflüchtet und spurlos verschwunden. Rummelt erlich die Kommandantur Berlin einen Haftbefehl gegen den General.

Untaten der Warburger Studentenkompagnie?

Der Abg. Haas (Demokrat) hat in der Nationalversammlung bei Besprechung der Riederwerfung der Aufstände in Thüringen gesagt: Was man über die Untaten der studentischen Warburger Freiwilligenbataillone hört, ist entsetzlich und diese Leute, die ihre Opfer gezungen haben, „heil dir im Siegerkranz“ zu singen, ehe sie sie mit Maschinengewehren niederschossen, sind aus Warburg mit schwarz-weiß-roten Fahnen und mit Blumen geschmückt zum Kampf gegen das eigene Volk ausgezogen! Eine ewige Schande der Warburger Studentenschaft (lebhafter Zustimmung links, starke Unruhe rechts). — Der „Vorwärts“ erzählt über die Vorgänge, die vielleicht mit den von dem Abg. Haas geschilderten identisch sind, folgendes: In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend kam ein Trupp Uniformierter in Ruhla an und nahm 16 Arbeiter fest mit der Erklärung, daß die Leute nach Gotha gebracht werden sollten. Diese 16 Arbeiter wurden auf einen Lieferwagen verladen. Der Wagen kam niemals in Gotha an, denn die 16 Leute wurden während der Fahrt bei Meßterstadt erschossen. Unter den Toten befanden sich 1 Demokrat, 3 Mitglieder der S. P. D. und 12 Unabhängige. Drei Brüder, deren Vater bereits zwei Söhne im Felde verloren hatte, befanden sich unter den Erschossenen. Die Einwohner behaupten, daß die Tat von Zeitfreiwilligen ausgeführt worden sei.

Rücktritt zahlreicher Offiziere.

Berlin, 29. März. (W.B.) Nachstehende Offiziere haben laut Mitteilung des Reichswehrministeriums ihren Abschied erbeten: Gen. v. Ertorf, Generalleutnant v. Bernath, die Generalmajors v. Grobed, Freiherr v. Diepenbrock-Güter, von der Harbt, v. Leitow-Borbed, v. Oden, Freiherr v. Lebebour (Simburg), Oberstleutnant v. Kiewitz und die Majors v. Maslowski und Hagemann. Die Frage, inwieweit diese Offiziere durch ihr Verhalten während der letzten Vorgänge belastet sind, wird eingehend geprüft.

Annahmen der Enteniekommision in Oberschlesien.

Berlin, 29. März. (W.B.) Die interalliierte Kommission gab für Oberschlesien einen Amnestieerlaß heraus, kraft dessen auch gerichtlich bereits anhängige Verfahren niedergeschlagen werden sollten. Die Strafkammer in Oppeln erklärte unter dem Vorsitz des Landrichters Heidenheim, dem Amnestieerlaß insofern für rechtsunwirksam, als er mit den deutschen Gesetzen in Widerspruch steht, wonach gerichtlich anhängige Verfahren nur im Wege des Gesetzes niedergeschlagen werden können. Das Recht der Gesetzgebung steht aber der interalliierten Kommission nach dem Friedensvertrag nicht zu. Als Antwort auf dieses Urteil entsandte die interalliierte Kommission den Vorsitzenden der Strafkammer Oppeln seines Amtes und wies ihn aus dem Abstimmungsgebiet von Oberschlesien aus. Dieser Willkür sucht sie selbst zu wehren. Der Kommission steht weder nach dem Friedensvertrage noch nach den Pariser Annahmen das Recht zu, richterliche Beamte ihres Amtes zu entheben, von Ausweisung gar nicht zu reden. Die deutsche Reichsregierung erhob durch ihren Bevollmächtigten in Oppeln sowie durch die deutschen Vertretungen in Paris und London gegen das Verfahren der interalliierten Kommission nachdrücklich Einspruch.

Tschekische Deutschenverfolgung.

Der Berliner Lokalanzeiger meldet aus Leitmeritz: Die erste von der nationalen Partei der Deutschen in Böhmen hierher einberufene Wählerversammlung wurde von tschechischen Soldaten gesprengt. Hierbei wurden eine große Anzahl von Männern und Frauen durch Kolbenhiebe und Bajonettschläge verletzt.

Eine Krisis in Dänemark.

Kopenhagen, 20. März. Der König hat dem Staatsminister Zahle und seinen Kollegen den Abschied erteilt. Die Verabschiedung erfolgte wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Ueber die Gründe des Königs herrscht noch Unklarheit. Ohne Frage handelt es sich um einen Staatsstreich. Unzweifelhaft steht der Schritt des Königs in Verbindung mit der chauvinistischen Propaganda in der flensburger Frage. In sozialdemokratischen Kreisen ist man sofort in eine Erörterung darüber eingetreten, den Staatsstreich mit dem Generalstreik zu beantworten. — Ueber die Ereignisse des heutigen Vormittags wird berichtet: Der Minister Zahle wurde zum König berufen, der sofort begann, über die politische Lage zu sprechen. Auf die Erklärung Zahles, daß in der schleswiger Frage keine andere Politik möglich sei als diejenige, über welche Regierung und Reichstag sich geeinigt hätten, antwortete der König, daß er diese Ansicht nicht teile. Auf die Frage des Königs, ob Zahle zurücktreten wolle, erwiderte dieser, er halte einen solchen Schritt unter den augenblicklichen Umständen für unverantwortlich. Darauf sagte der König, Wenn das Ministerium nicht selbst demissioniert, muß ich erklären, daß ich seinen Rücktritt wünsche. Damit war die Unterredung beendet.

Der König hat das Kabinett, die Geschäfte bis zur Bildung eines neuen Ministeriums weiterzuführen, was vom Kabinett abgelehnt wurde.

Ein Ultimatum an den König.

Kopenhagen, 30. März. Der König hat das Ultimatum, abgewiesen. Die sozialdemokratische Partei hat daraufhin den Generalstreik für morgen früh proklamiert. Sie beabsichtigt ein eigenes Kabinett zu bilden und dem König und das Kabinett, das in seinem Auftrage gebildet wird, zum Rücktritt aufzufordern.

Rußland und die Entente.

Bern, 29. März. (W.B.) Wie aus London gemeldet wird, hat der Vorsitzende der Wirtschaftskommission der Moskauer Sowjetregierung den Entente Staaten erneut besondere Vergünstigungen für die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit Sowjetrußland angeboten. Die Zugeständnisse würden sich besonders auf Mineralzonen und Konzessionen für Bewirtschaftung der Eisenbahnen und Schifffahrt erstrecken. Sowjetrußland verlange nichts anderes als die Anerkennung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse in Rußland, sowie die Anerkennung, daß die Sowjetrußen auf dem Schlachtfelde siegreich geblieben seien.

Stürme in Nordamerika.

London, 29. März. Wie aus Newyork gemeldet wird, hat eine Reihe von Wirbelstürmen große Teile Nordamerikas heimgefußt. Zahlreiche Personen wurden getötet, hunderte von Häusern weggeführt. In Chicago wurden 20 Personen getötet und hunderte verletzt. Die Verheerungen im Nordwesten der Stadt sind groß. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Dollar geschätzt.

Sitzung des Kreistages vom 29. März.

Die Abgeordneten sind vollständig versammelt. Der Landrat erklärt die telegraphische Einderung des Kreistages damit, daß eine unaussprechbare Arbeit zu erledigen sei, zu der die überraschende Gestaltung der Lage zwingt. Der Kreisausschuß sieht sich genötigt, eine Nachtragssteuer-Erhöhung zu beantragen. Der Etat ist infolge der steigenden Feuerung um insgesamt 127 600 Mark überschritten worden, davon entfallen z. B. 14 000 Mark auf Gehaltssteigerungen, 5000 M. auf Porto, 10 000 Mark auf Formulare, 6000 Mark auf Instandsetzung der Autos usw. Diese Summen müssen gedeckt werden. Der Verband der preussischen Landkreise hat den Kreisen fortlaufend mitgeteilt, daß er mit den Zentralinstanzen in dem Sinne verhandle, daß den Kreisen anstelle der durch die Reichseinkommensteuer in Fortfall kommenden Kreisabgaben für das Etatsjahr 1920 der dann vorhandene

Bedarf zugleich des Fehlbetrages aus dem Etatsjahr 1919 überwiesen würde. Dann wäre es verfehlt gewesen, wenn die Kreise Nachsteuern erhoben hätten. Am 9. März geht ein Schreiben des Verbandes der preussischen Landkreise vom 5. März ein, wonach er wiederum betont, in diesem Sinne mit den Zentralbehörden zu verhandeln, jedoch empfiehlt, der größeren Sicherheit wegen eine Nachsteuer zu erheben. Die Nationalversammlung hat jedoch am 6. März beschlossen, daß nur Nachsteuern, die bis zum 5. März beschlossen waren, anerkannt würden, damit entfiel wiederum die Möglichkeit, Anfang März eine Nachsteuer zu erheben. Am 24. März hat der Landrat auf eine nochmalige Anfrage vom Verband der preussischen Landkreise die Antwort bekommen, daß als Stichtag für zulässige Nachsteuerverhebungen nicht der 5. März, sondern bei Billigkeitsgründen der 31. März angenommen würde. Vom nächsten Jahre ab wird den Kreisen aus der Reichseinkommensteuer zur Deckung ihres Haushalts ihr Steuerbetrag von 1919 plus 25 Prozent auf 6 Jahre überwiesen. Bei dieser veränderten Sachlage war es geboten, sofort die Steuerbewilligung durch den Kreistag in letzter Stunde herbeizuführen zu suchen. Die Tatsache, daß fast alle nachlässigen Kreise in diesen Tagen denselben Schritt tun, ist der beste Beweis, daß die äußeren Umstände und nicht ein Verschulden des Kreises die jetzige Lage herbeigeführt haben.

Der zur Deckung des Kreisdefizits notwendige Summe entspricht ein Steuerprozent auf 21,5 Prozent. Am 17. März hat nun noch der Landeshauptmann mitgeteilt, daß er die Bezirksabgabe um 13,5 Prozent erhöhen müsse, die Zustimmung des Kommunalparlamentes vorausgesetzt. Da dessen Zusammenkunft durch die Bejahung verhindert ist, soll auf Grund eines von der Landesversammlung zu verabschiedenden Beschlusses durch den zu verstärkenden Landesausschuß die Beschlussfassung über diese Angelegenheit bis zum 1. April erfolgen. Da bei der Geschäftslage der Landesversammlung und der Nähe des Termins eine rechtzeitige Erledigung dieser Frage sehr unwahrscheinlich erscheint, wäre die Erhebung der 13,5 Prozent für die Bezirksabgabe nur für den Fall dieser rechtzeitigen Erledigung zu bewilligen. Die Kreisleitung ist sich der Schwere der nachträglichen Steuererhebung, die besonders hart die Städte trifft, wohl bewußt. Sie ist aber überzeugt, daß ein Verzicht auf die Steuer sich aufs schwerste auf der finanziellen Lage des Kreises und damit auch der Ortsgemeinden rächen würde.

Hg. Gottschardt-Limbürg: Um die Nachtragssteuererhebung kommen wir wohl nicht herum. Es muß aber doch gesagt werden, daß eine so erste Frage uns erst ein paar Tage vor Schluß des Geschäftsjahres unplanmäßig gestellt wird. Der Landeshauptmann hätte doch wohl Zeit gehabt, von seinem Defizit früher Mitteilung zu machen. Die Stadt Limburg kommt nun gegenüber ihren Bürgern in eine schwere Lage, um so mehr, als sie in diesem Jahre schon einmal mit einer Nachtragssteuer kommen mußte. Da die Erhebung der Bezirksabgabe infolge der gesetzgeberischen Schwierigkeiten so gut wie unmöglich erscheint, so beantrage ich, sie von vornherein auszuschließen.

Landrat Dr. Schellenbart nochmals über die Voraussetzungen auf, die die plötzliche und späte Aufstellung der Fragen notwendig machten. Den Eventualantrag über die Bezirksabgabe will er, um allen Möglichkeiten vorgebeugt zu haben, aufrecht erhalten wissen.

Hg. Gottschardt zieht darauf seinen Antrag zurück. Hg. Herkenrath hält die Bewilligung für unumgänglich.

Hg. Graf erklärt jede nachträgliche Steuererhebung für unmoralisch und lehnt daher den Antrag ab.

Die Abstimmung ergibt die Bewilligung der Nachtragssteuererhebung von 21,5 Prozent für den Kreis und die eventuelle Erhebung von 13,5 Prozent für die etwa notwendig werdende Bezirksabgabe mit allen gegen zwei Stimmen.

Stadtverordnetenversammlung vom 29. März 1920.

Anwesend der Magistrat vollständig, vom Kollegium 24 Stadtverordnete. In Vertretung des Vorsitzers eröffnet Stadtd. Müller die Sitzung, für die auf Antrag Pauwarth, da die vorgeschriebene Einladungsfrist nicht eingehalten werden konnte, die Dringlichkeit beschlossen wird.

In das Protokoll der letzten Sitzung ist der Bericht über die erste Beratung der Nachtragsforderung des Kreises aufgenommen, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit im Anschluß an die letzte Sitzung stattgefunden hat. Frau Dirksen und Stadtd. Stein beaupten, daß die Beratung eine geheime Sitzung gewesen sei, was besonders dadurch bewiesen sei, daß der Stadtd. Wicher schon damals gegen die Behandlung dieser Frage hinter verschlossenen Türen protestiert

habe. Bürgermeister Dr. Krüsmann und Stadtd. Busch stellen sich auf den Standpunkt, daß es sich lediglich um eine Vorbesprechung gehandelt habe, daß der Bericht darüber deshalb aus dem Protokollbuch zu streichen sei. Die Mehrheit der Versammlung entscheidet in diesem Sinne.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die „Erhöhung des Zuschlags zur Einkommensteuer für das Rechnungsjahr 1919 um 20 Prozent infolge nachträglicher Erhöhung der Kreis- und Bezirksabgaben.“

Bürgermeister Dr. Krüsmann referiert: Nach den uns vor einer Woche erstmalig gewordenen mündlichen Mitteilungen der Kreisverwaltung hat sich in dem Haushaltsplan des Kreises für das Rechnungsjahr 1919 ein Fehlbetrag ergeben, der durch Nacherhebung von Kreissteuern gedeckt werden müsse. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß die Nacherhebung sich auch auf die Bezirkssteuer für den Bezirksverband Wiesbaden erstrecken müsse, da auch die für den Bezirksverband notwendig gewordene und von diesem noch zu beschließende Erhöhung der Bezirksabgabe für das Rechnungsjahr 1919 im Wege der Umlage auf die Städte und Gemeinden des Kreises gedeckt werden müsse. Bei dieser ersten Mitteilung wurde die Nacherhebung von insgesamt 20 Prozent an Kreis- und Bezirksabgaben in Aussicht gestellt, wovon allein auf die Bezirksabgabe 13,5 Prozent entfielen. Zwei Tage später wurde jedoch von der Kreisverwaltung ebenfalls mündlich mitgeteilt, daß der Kreistag für Montag, den 29. März, zwecks Beschlussfassung über die Nacherhebung von Kreis- und Bezirksabgaben einberufen sei, und daß die anfangs vorgegebene Nacherhebung von insgesamt 20 Prozent Bezirks- und Kreisabgaben nach neuerer Feststellung nicht ausreiche, sondern allein für den Kreis eine Nacherhebung von 21,5 Prozent notwendig werde, da der Fehlbetrag sich im Kreishaushaltsplan als erheblich höher, wie anfangs angenommen, herausstellte, nämlich rund 120 000 Mark betrage, und daß die Nacherhebung für den Bezirksverband außerdem 13,5 Prozent ausmache, so daß im ganzen 35 Prozent des umlagefähigen Gemeindesteuerbetrags von den Städten und Gemeinden des Kreises für das Rechnungsjahr 1919 nachgehoben werden müßten. Das hiernach zugrunde zu legende umlagefähige Gemeindesteuervermögen lag nach dem Stande vom 1. Januar 1919 bei 340 000 Mark.

(Nach unserer Information am Landratsamt muß hier ein Mißverständnis vorliegen. Der Landrat hat bei dem Telefongespräch, das in Gegenwart des Kreisassessors mit dem Bürgermeister stattfand, von Anfang an von einer Nachsteuer von rund 20 Prozent gesprochen. Es liegt vielleicht eine Verwechslung mit einem Nachbarkreis vor, der in diesen Tagen eine Nachsteuer von 6½ Prozent beschließen soll. Es ist möglich, daß der Landrat in dem gleichen Gespräch diesen Fall erwähnt hat. Die Red.)

Demzufolge hat heute der Kreistag des Kreises Limburg eine Nacherhebung von 21½ Prozent für Kreisabgaben beschlossen.

Der Kreistag hat bezüglich der Bezirkssteuer von 13½ Prozent die Umlage beschlossen, für den Fall, daß der Landesausschuß noch vor dem 1. April die Festsetzung der Bezirksabgaben beschließt. Die Möglichkeit dieser Beschlussfassung des Landesausschusses hält der Magistrat für ausgeschlossen, weil der Landesausschuß hierzu anstelle des Kommunalparlamentes noch durch ein von der preussischen Landesversammlung zu beschließendes Gesetz ermächtigt werden muß, an dessen Verabschiedung bei der augenblicklichen Geschäftslage der preussischen Landesversammlung nicht zu denken ist. Demgemäß schlägt der Magistrat vor, von der bisher vorgesehenen Steuererhöhung zwecks Aufbringung der Bezirkssteuern für das laufende Rechnungsjahr Abstand zu nehmen.

An Kreisabgaben ist im diesjährigen städtischen Haushaltsplan bei Zugrundelegung von 12 Prozent Kreissteuer, die bisher für das Rechnungsjahr 1919 vom Kreistag beschlossen waren, und 7,5 Prozent Bezirkssteuern, welche nach Mitteilung der Kreisverwaltung vorerst vorbehaltlich der Festsetzung durch den Kommunalparlament für 1919 vorgesehen waren, ein Betrag von 50 000 Mark eingelegt, der zur Deckung dieser bisher feststehenden Abgaben ausreichte. Die jetzt eingetretene gewaltige und außergewöhnliche Erhöhung der Kreis- Abgaben kann aus den zur Verfügung stehenden Mitteln des städtischen Haushaltsplanes für 1919 nicht gedeckt werden. Es sind an erhöhten Kreissteuern bei 21,5 Prozent des Gemeindesteuerbetrags vom 1. Januar 1919 nachzuholen 51 979,70 Mark. Es ist ohne weiteres klar, daß die städtische Verwaltung und die städtischen Körperschaften sich mit ihren Ausgaben nicht auf eine derartige hohe Nachzahlung an Kreissteuern einrichten konnten, zumal die Nachzahlung erst in der letzten Woche des Rechnungsjahres 1919 gefordert wird

und auch die im städtischen Haushaltsplane vorgesehenen Ausgaben der Stadt infolge der außergewöhnlichen Lebensverhältnisse in erheblichem Maße gestiegen sind und diese gestiegenen Ausgaben unvermeidlich waren.

Mangels anderweitiger Deckung muß aber für das laufende Rechnungsjahr eine nochmalige Steuererhöhung der Einkommensteuer zur Deckung der erhöhten Kreisabgaben vorgenommen werden. Das jetzt feststehende tatsächliche Staats-Einkommensteuervermögen für 1919 in der Stadt Limburg beträgt rund 250 000 Mark. Zur Deckung der von den Kreis zu zahlenden Nachsteuern muß demnach ein Zuschlag von 20 Prozent zur Staats-Einkommensteuer der rund 50 000 Mark ergeben würde, erhoben werden. Wir gehen dabei davon aus, daß die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer ohne gleichzeitige Erhöhung der Realsteuern die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erhält, und stützen uns hierbei auf die Ausführungsanweisung zum Kommunalabgabengesetz, wonach zu den Aufwendungen, welche durch Einkommensteuer zu decken sind, insbesondere auch die Kosten der den Gemeinden obliegenden Erfüllung allgemeiner staatlicher Zwecke gehören. Durch die vorgeschlagene Erhöhung von 20 Prozent erhöht sich der bisherige Einkommensteuereinzugsatz von 250 Prozent auf 270 Prozent. Dieser Zuschlag soll als letzte Steuererhöhung des Rechnungsjahres 1919 bis zum 15. Mai d. J. erhoben werden, nachdem zu Beginn dieses Monats von der Nationalversammlung verabschiedeten Reichs-Einkommensteuergesetzes und des Steuerergänzungsgesetzes mit dem 1. April d. J. die Berechnung der Einkommensteuer auf Erhebung von Zuschlägen auf die Einkommensteuer auf und werden in Zukunft den Gemeinden aus der Reichseinkommensteuer feststehende Beträge überwiesen. Hiernach ist den Gemeinden aus der Reichseinkommensteuer die Ueberweisung des Steuerbetrags des Rechnungsjahres 1919 einschließlich der bis zum 10. März 1920 beschlossenen Nachsteuern und zugleich eines Zuschlages von 25 Prozent garantiert. Die nach dem 10. März beschlossenen Steuererhöhungen können für die Ueberweisung aus der Reichseinkommensteuer an die Gemeinden vom Finanzminister berücksichtigt werden, wenn besondere Billigkeitsgründe vorliegen. Solche Billigkeitsgründe muß die Stadt für sich in Anspruch nehmen, weil es nicht an ihr liegt, daß jetzt erst die erhöhten Kreisabgaben gefordert werden, und muß demzufolge versuchen, für die Zukunft eine entsprechend höhere Ueberweisung aus der Reichseinkommensteuer zu erhalten, welche für die kommenden Jahre eine Entlastung für die Aufbringung sonstiger Steuern zur Deckung der notwendigen Ausgaben bedeuten würde.

Wir bitten diese Angelegenheit als dringlich zu behandeln, da uns erst am Freitag voriger Woche die notwendigen Unterlagen für die Feststellung der Steuererhöhungen von der Kreisverwaltung gegeben worden sind, und die Steuererhöhung vor Ablauf des Rechnungsjahres, also vor dem 1. April, beschlossen werden muß.

Frau Stadtd. Dirksen hält die Frage, warum der Kreis nicht früher die Konsequenzen aus seinem Defizit gezogen habe, nicht für gefällig und bittet die Stadtverordneten, die der Sitzung des Kreistages in gleicher Angelegenheit beigewohnt haben, um Aufklärung.

Stadtd. Laibach: Alles Klagen kann uns vor der Bewilligung nicht bewahren.

Stadtd. Kern: Wir werden wieder, wie schon so oft vor vollendete Tatsachen gestellt. Das Vorgehen des Kreises ist durchaus unverständlich. Ich lehne die Bewilligung ab.

Stadtd. Sternberg: Der Kreis sollte den je nach Betrag aus seinen verbenden Unternehmungen bedenden aus den Ueberbeträgen des Wirtschaftsjahres.

Stadtd. Stein: Wir müssen die Vorlage ablehnen, wir können uns nicht von heute auf morgen mit einem Zuschlag, von der kein Mensch vorher etwas gewußt hat, so tief eingreifende Bewilligung abzwängen lassen.

Stadtd. Wicher: Wir haben in der letzten Sitzung unter Ausschluß der Öffentlichkeit über die Nachtragsforderungen, welchen Eindruck muß das in der Bevölkerung machen? Das ist nun auch nicht einmal in das Protokoll aufgenommen, wir dürfen also nur bewilligen. Die Herr die im Kreistag sitzen, können gar nicht darum herum, die Auskunft zu erteilen, wie ein so riesiges Defizit im Kreis entstehen konnte. Ehe keine Aufklärung erfolgt, bewillige ich keine Steuern.

Stadtd. Pauwarth: Wir sind in der Samstagssitzung von der Schweigepflicht entbunden worden, wir konnten die Bevölkerung aufklären.

Stadtd. Raht: Es wäre am richtigsten gewesen, die Frage bereits in der letzten öffentlichen Sitzung aufzuwerfen. Herr Sternberg ist im Irrtum. Wir können dem Kreis

Mache Deine Seele frei!

Roman von Erich Ebenhein.

24) (Nachdruck verboten.)

„Gret!“ sagte die kalte Stimme noch einmal verweisend, nun dich neben der Alten, und setzte sogleich herrisch hinzu: „Geh an deine Arbeit!“

Gret schlief wie ein geprügelter Hund davon.

Jetzt erst richtete Tante Vott ihre blauen, schwarzen Augen mit eisernem Ausdruck auf Serena. Aber Serena war in dieser Stunde nicht mehr das schüchterne Waisenkind, das sich innerlich um seiner heftigen Gedanken willen stets im Unrecht fühlte gegen den Geist der Wendels und Bergmanns. Das wenigstens hatte sie in der Welt draußen gelernt: Schloßstadt war kein Gipfelpunkt menschlicher Entwicklung und das Brot, das man ihr im Hause Wendels gegeben hatte, war durch unermüdliche Arbeit und Selbstverleugnung reichlich bezahlt worden.

Eben so kalt erwiderte sie den Blick Tante Vott's.

In Tante Vott's Augen wirkte es höhnisch auf. Sie glaubte zu erraten, warum Serena kam.

„So — Du bist also wieder da?“ sagte sie.

„Ja, ich bin da. Kann ich Dich und Onkel allein sprechen?“

„Onkel ist nicht zu Hause — übrigens —“

„Dann Dich.“

„Du bist wohl gezeichnet mit deinen Künstlerträumen? Und glaubst —“ Tante Vott's Stimme wurde schrill vor Ärger, und dann brach all die lang angeammelte Galle durch: „glaubst wohl, nun könntest Du wieder hier leben wie früher? Mir nichts, Dir nichts in dem Haus, dem Du nur Unfrieden gebracht hast? Aber dieses Haus war immer ehrbar. Für eine, die ihrem Mann davongelaufen ist für so eine, wie Du bist, — von Albrecht, den Du mir entfremdest hast, will ich nicht einmal reden — aber sonst — glaubst Du, ich hätte es nicht erfahren, wie Du Dir in Wien ein eigenes Atelier hältst? Und — jawohl! — gesehen hab' ich mit eigenen Augen, wie Du mit einem wildfremden Herrn im Automobi fahst — Wunder ist's ja keine nach dem, was wir hier mit Dir erleben! Aber mein Haus, das

hat keinen Platz mehr für Dich.“

Serena ließ sie ruhig ausreden. Kein Zug ihres Gesichtes sprach von Scham oder Zorn, und das empörte Tante Vott' eigentlich am tiefsten. Zuletzt glitt sogar ein Lächeln der Verachtung um Serenas Lippen, als sie völlig ruhig erwiderte:

„Meinst Du nicht, Tante Vott, daß das Vorzimmer eigentlich nicht der passende Raum für solche Auseinandersetzungen ist? Vielleicht wartest Du erst ab, was ich Dir zu sagen habe, ehe du dich unnütz ereiferst.“

Frau Wendel stieß die Tür zur guten Stube auf. In ihr laute es, Belehrungen wollte die junge Person ihr auch noch geben!

„Tritt also ein! Ich muß Dir nur gleich zeigen, daß Du falsch rechnest, wenn Du auf meine Güte spekulierst.“

Serena trat ein und zog die Tür hinter sich zu. Ein weiches Lächeln spielte um ihre Lippen.

„Auf Deine Güte? O nein, Tante Vott, Da würde ich wohl falsch gerechnet haben. Außer der alten Gret' war in diesem Jahre niemand gütig zu mir. Doch — auch Albrecht.“

„Sprich lieber nicht von meinem armen Sohn, den Du so schändlich betört hast.“

Serena ignorierte die letzte Bemerkung. Sie hätte ja sagen können: Frag doch die Gret', ob ich ihn betört habe. Aber sie war ja nur gekommen, um eine Frage zu stellen. Darum sagte sie in der kühlen, vornehmen Weise, die sie noch nicht einmal im Moment außer acht gelassen hatte:

„Du kannst darüber ganz ruhig sein, Tante Vott — ich bin weder gezeichnet mit meinen Absichten in Wien, noch habe ich das geringste Verlangen, je wieder in dies Haus zurückzukehren. Wenn ich kam, so war es nur, um Dich zu fragen, warum Ihr mir verweigert habt, daß mein Vater noch lebt.“

Wäre ein Blick vor Tante Vott' niedergefahren, sie hätte nicht erschrockener zurückfahren können.

„Dein Vater — Du — weißt —“

„Dah er lebt. Ja. Aber warum ich es erst durch einen Zufall erfahren mußte — das frage ich Dich, Tante Vott!“

Sie hatten beide das Gehen der Tür überhört. Schredten sie zusammen, als sich die Tür der Stube öffnete und der Schuldirektor eintrat.

Er kam in bester Laune von seinem Morgenpaziergang heim. Als er aber Serena erblickte, veränderte sich der Ausdruck seines Gesichtes sofort.

Erst Staunen, dann Entrüstung — zuletzt ein finstlicher Ausdruck, wie er ihn sonst in seiner Anstalt aufwies, wenn er im Begriff stand, einem der jungen Lehrer eine salbungsvollen „Rüffel“ zu erteilen.

„Ei — ei, Frau Professor Erler! Ich dachte nicht —“

„Guten Morgen, Onkel.“

„Serena will — sie ist gekommen —“, sammelte Lottie noch immer fassungslos.

„Dachte nicht“, fuhr der Schuldirektor unbeirrt fort, „daß man die Stirn hätte, sich hier noch blicken zu lassen. Ruhe und Ordnung — hm — man hat sich ja alle Mühe gegeben.“

„Serena weiß, daß ihr Vater lebt“, unterbrach ihn Frau zum zweitenmal, und diesmal verlor er den Faden seiner Rede.

Einen Augenblick blieb es still.

Dann sagte Serena ruhig:

„Es ist mir lieb, daß du kamst, Onkel. Du warst so barmherzig und bist wohl am besten, mit Auskunft zu teilen. Wie kommt es, daß man nie von meinem Vater sprach?“

Der Schuldirektor hatte seine Brille abgenommen und pökte daran herum. Der finstliche Ausdruck war ihm verloren gegangen und fittlicher Entrüstung war ihm verloren gegangen.

Endlich fand er seine Würde halbwegs wieder, legte die Brille auf und sagte, an Serena vorübergehend:

„Du fragst wie ein Inquisitor. Aber wir haben doch nichts zu verbergen. Wir haben gehandelt nach Gewissen — wie immer. Dein Vater war immer ein leichtes Tuch. Wie Künstler — er legte alle Verhältnisse, deren er fähig war, in das Wort — eben sind. Und lang es ihm, meine arme Schwester völlig zu betören.“

„Sie war glücklich mit ihm“, marmelte Serena.

(Fortsetzung folgt)

nichts in seiner Geschäftsführung vorschreiben. Er kann Lasten auf die Gemeinden abwälzen, Uns bleibt nur die Entschädigung, wie wir die Kosten aufbringen.
Stadto. Stein verlangt nochmals Auskunft von den Kreisratsmitgliedern.
Stadto. Wicher: Wir müssen der Bevölkerung gegenüber verantworten, warum wir sie mit solchen Abgaben belasten. Was gedenkt der Magistrat zu tun, um uns in Zukunft vor einer Lage wie der heutigen zu bewahren? Es wird uns immer vorgebracht, daß die Stadt später einen Vorteil bei der Reichseinkommensteuerverteilung hätte, wenn wir bewilligen. Wenn aber der Kreis die Zuweisung aus der Reichseinkommensteuer bekommt? Dann bekommen wir gar nichts.

Bürgermeister Dr. Krüsmann: Der Magistrat hat kein Kontrollrecht über den Kreis. Wir haben aber natürlich um Aufklärung gebeten. Es ist uns gesagt worden, daß zuerst die Deduktion aus anderen Mitteln geplant war, daß aber in den letzten Tagen die Nachricht eingetroffen sei, daß die Aussicht, den Betrag aus Staatsmitteln gedeckt zu erhalten, durch einen neuen Beschluß der Nationalversammlung hinfällig geworden sei und darum die Umlage auf die Gemeinden als der beste Weg erscheine. Die Notwendigkeit der Erhebung einer nachträglichen Bezirksabgabe von 13,5 Prozent, die vom Kreisamt in den Bereich der Möglichkeit gezogen wurde, erscheint durch Schwierigkeiten der Gesetzgebung so unannehmlich, daß wir glauben, darüber hinwegsehen zu können. Nichts deutet bisher darauf hin, daß die Befürchtung Herrn Wichers, die Kreise erhielten die Zuweisungen aus der Reichseinkommensteuer, eintreten könne.

Stadto. Wicher: Es ist immer noch aufzuklären, wie der Kreis an einem Tage sein Steuerfoll auf 6 Prozent und zwei Tage später auf 21 Prozent festsetzen konnte.

Stadto. Gottardt: Der Herr Landrat erklärt diese Differenz für einen Irrtum seitens der Stadt.

Bürgermeister Dr. Krüsmann: Die erste Mitteilung ist uns durch ein Telefongespräch gemacht worden. Ein Irrtum erscheint uns aber ausgeschlossen.

Stadto. Lauwarth: Wir können leider nur bewilligen, die Verantwortung müssen wir dem Kreis überlassen.

Stadto. Kern: Die Bürgererschaft konnte in den zwei Tagen seit Samstag nicht aufgeklärt werden. Die ewige Ueberzeugung bringt uns immer in solche Situationen.

Stadto. Herlenrath: Ich möchte Herrn Kern fragen, ob er uns einen besseren Weg zeigen kann?

Stadto. Kern: Ich wende mich nur gegen die Bewilligung von Steuern, die auf eine so übertriebene Art uns hier abverlangt wird.

Stadto. Rait: Die Summe muß herbei, Mittel haben wir nicht mehr, also muß sie durch Steuern ausgebracht werden.

Die Abstimmung ergibt die Bewilligung der beantragten Nachtragssteuer-Erhöhung von 20 Prozent gegen die Stimmen der Demokraten und der Sozialdemokraten.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, 31. März 1920.

Einwohnerwehr. Heute Abend findet in der Stadt Wiesbaden eine Versammlung des dritten Bezirks der Einwohnerwehr statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Die Mitglieder des Bezirks werden dringend zur Teilnahme an der Versammlung eingeladen und darauf hingewiesen, daß dauerndes, unentgeltliches Fernbleiben den Ausschluss aus der Wehr zur Folge hat.

Witten, 30. März. (Raubmord oder Unfall?) Der kessige Photograph Bölsen wurde gestern Abend an der Straße Selters-Ramstadt tot aufgefunden. Das Fahrrad, die Uhr und die Brieftasche, die der Tote bei sich hatte, sind verschwunden. Ob ein Raubmord oder ein Unfall vorliegt, und die Sachen erst später gestohlen worden sind, konnte noch nicht ermittelt werden. Die Leiche liegt lediglich hinter den Ohren blaue Flecken auf.

Brandenburg, 29. März. (M.B.) Gestern meuterten die Insassen der Strafanstalt in Brandenburg, überwältigten das Wärterpersonal und erbrachen die Montierungslammer. Etwa 140 Gefangene, die sich mit Zivilanzügen verkleiden, sind entkommen. Bis heute früh wurden von den Entführungen 80 eingeliefert.

Brandenburg, 29. März. Bei der Revolte in der Strafanstalt zu Brandenburg wurde Militär zu Hilfe gerufen. Die Meuterer hatten sich damit Karabinern bewaffnet. Bei dem Kampfe wurden zwei Meuterer erschossen und neun schwer verletzt. Die Zahl der Leichtverletzten ist noch nicht festgestellt. Von den Wärtern ist keiner ungeschont. In Genthin wurde ein Zuchthäusler erschossen, zwei schwer verwundet. Von 152 Gefangenen fehlen noch 11.

Schwämme, Fensterleder

Bade-, Kinder-, Fenster-, Wagen- und Tafelschwämme billigt.

Kleinverkauf. J. Schupp Grossverkauf. Seilerei. 3/4 Tel. 277. Limburg, Frankfurterstr. 15. Tel. 277.

Am vorteilhaftesten verkaufen Sie Ihre Papierabfälle

bei Joh. Weimer, Hallgartenweg Adolf Wolf, Stefanshügel

unter Garantie des Einstufens. 14/68 Auf Wunsch wird jeder Posten prompt abgeholt.

Arbeitsbücher

haben in der Kreisblatt-Druckerei.

Ein Gasbadeofen

zu kaufen gesucht. 3/73 Näheres in der Expedition des Blattes.

Modellhut-Ausstellung!

Den Eingang sämtlicher Neuheiten in schick garnierten 5/73

Damen- und Kinder-Hüten

beehrt sich ergebenst anzuzeigen

Fa. Franziska Zimmermann,

Limburg, Untere Grabenstr. 34

Trauer-Hüte

Trauer-Schleier

Am Samstag den 3. April d. J. sind unsere Kassen geschlossen.

Bank für Handel u. Industrie Landesbankstellen Hadamar u. Limburg Kreissparkasse Vorschussverein. 20/74

Reine Weinbrand-Kognak's

Marken:

Goldstück

Edelstück

Urstück

„Asbach-Uralt“

empfiehlt

T.W. Klein, Limburg (Lahn),

Destillation und Likörfabrikation, Diezerstr. 36. (1/74) Fernruf 404.

Schlackensteine, Grau- u. Weiß-Stückenkalk sowie gemahlene Gackkalk

gegen Freigabescheine der Bezirkswohnungskommissionen waggonweise prompt und billigst. 2/74

Gebrüder Kahl, Giessen.

Rückershausen i. Taunus.

Am zweiten Osterfeiertag findet in meinem Saal von nachmittags 3 Uhr ab

große Tanzmusik

bei Bier statt, wozu freundlichst einladet 8/74

Gastwirt Karl Schön.

Weinhandlung Gebr. Besmann, Limburg

Weiersteinstr. 3. Fernruf 353.

Wir empfehlen:

9/72

Weisswein

Rotwein

Schaumwein

Obstschaumwein

Cognac-Weinbrand

Weinbrand-Verschnitt

Zwetschenwasser

Cherry brandy

Günstigste Bezugsquelle für Gastwirte und Wiederverkäufer.

Danksgiving.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Sohnes

Heinrich Schuh

sagen wir allen unseren innigsten Dank. Insbesondere danken wir Herrn Pfarrer Boheler für die trostreichen Worte am Grabe, sowie dem Turnverein, seinen Arbeitskollegen, seinen Kameraden und Kameradinnen sowie für die vielen Kranzspenden und vor allem denen, die unseren lieben Verstorbenen durch so viele Aufmerksamkeit während seiner langen Krankheit erfreuten.

Die tieftrauernden Eltern

Wilhelm Schuh u. Frau.

Kaufheim, den 29. März 1920. 7/74

Wallfahrt nach Waldürn.

Die Kölner Fuß-Prozession zieht in diesem Jahr an den Gnadenort Waldürn in Baden, zum Heiligen Blut, damit Gott uns den Frieden gebe.

Am Freitag, den 28. Mai in Urbach St. Messe mit Segen; danach Auszug der Prozession, die am Sonntag den 30. Mai abends in Elz eintrifft. Auszug der Prozession aus Elz am Montag, den 31. Mai früh 4 1/2 Uhr. Ankunft der Prozession am Gnadenort am 3. Juni abends und Abfahrt von dort am 5. Juni.

Polizeilichen Ausweis und Brotmarke mitbringen. Anfragen und Bestellungen sind zu richten an den Prozessionsführer Theodor Müller in Urbach bei Porz a. Rh., Waldstraße 105. 5/74

Ia. Cocosbesen, Schrubber, Abseifbürsten, Waschbürsten, Putztücher,

sowie alle

Putzartikel

empfiehlt

16/74

J. Arnet Nachf.

(Inh.: Max Büdel)

Salzgasse 8.

Telefon 211.

Tüchtiges zuverläss. Mädchen

bei gutem Lohn und guter Behandlung sofort gesucht.

Grau Waldemar Körner,

3/72

Neuwied, Engerserstraße 47.

Farben, Lacke, Malerschablonen, Bürsten und Pinsel, Mineralöle,

9/73

Hutlack,

Strobin.

Pet. Jos.

Hammerschlag.

Limburg.

PJ
H

Drogen.

Materialwaren.

Farben.

Freibank.

Gegen Fleischkarten:

Donnerstag, d. 1. April von 3 bis 4 1/2 Uhr nachmittags von Karten Nr. 100 bis 1300 und von 1 bis 150. Es werden pro Familie 1 Pfund abgegeben. Preis pro Pfund 3 Mt. und 3 50 Mt. 12/74 Schlachthofverwaltung.

Offerierte 12/74

1000 Flaschen Spanischen Weisswein

mit Kiste und Glas à Flasche 22 Mark

Ost. postlag. Beudorf a. Rh. Nr. 208.

Sämtliche Aufträge werden schnellstens ausgeführt. =

haltbarsten und modernsten Farben.

Aufbügeln von Herren- und Damen-
10)68 Garderobe

bei Grippe, Magen- und Darmerkrankungen,
Störungen der Atmungsorgane usw.

974